



# Unabhängige Bauernzeitung

INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

Nr. 111/12/15

*Zum Abbau der Bürokratie fehlen uns einfach die nötigen Beamten.*

*(Karl Farkas)*

## SELBSTZERSTÖRUNG ODER PREISDUMPING?

Mit Ursache für die katastrophalen Erzeugerpreise bei Milch und Fleisch im Besonderen, aber nicht nur dort, ist die Überhandnahme der Billig-Eigenmarken sowie der Aktionsangebote wie „Nimm zwei, Zahl eins“ – „Minus 25 %“ und andere. Das war auch ein besonderes Thema in der LK-Vollversammlung OÖ vom 4. September.

Nach vorliegenden Informationen beliefert die genossenschaftliche „Gmundner Molkerei“ den Lebensmitteldiskonter „HOFER“ (Eigenmarke MILFINA) und „Bergland“, auch eine Genossenschaftsmolkerei in Bauernhand, vor allem SPAR (Eigenmarke BUDGET), neuerdings aber auch HOFER. Wie geht dies nun bei Billigangeboten und Aktionen über die Bühne?

Heißt dies etwa, dass diese Milchverarbeiter in Bauernbesitz gentechfreie Qualitätserzeugnisse zu unverantwortlichen Billigpreisen an die Handelsketten verkaufen? Ihnen dadurch die Billigangebote und Aktionen ermöglichen, weil es doch immer heißt „daran müssen sich auch die Lieferanten beteiligen“? Was kosten den Genossenschaften solche „Umsatztreiber“ und wie verantworten sie das? Denn ihr Slogan heißt doch auch: „Qualität hat ihren Preis“, oder etwa doch nicht?

Wenn dem so wäre, zerstören bauerneigene Molkereien/Käsereien nicht nur die lauthals verkündete Firmenphilosophie, dass Qualitätserzeugnisse einen dementsprechenden Qualitätspreis haben müssen, darüber hinaus auch die Existenzgrundlage ihrer eigenen Milchlieferanten, denen seit Jahr und Tag faire Erzeugerpreise verwehrt, vorenthalten, verweigert werden. Wenn dem so wäre, derzeit noch eine nicht ganz abwegige Annahme, wenn Umsatz vor Moral geht, dann wäre dies wohl das Verrückteste was es gibt, Beispiel für „aus dem Ruder laufende Genossenschaften“. Genossenschaftliche Spitzenfunktionäre dieser Milchverarbeiter sitzen in der oö Vollversammlung, sind deren Mitglieder und den Milchbauern dringlichst eine Aufklärung schuldig.

Ist diese Annahme aber völlig falsch – hoffentlich – dann besteht der dringende Verdacht, dass diese großen Handelsketten fallweise unter dem Einstandspreis verkaufen und das ist bekanntermaßen verboten und strafbar. Hier müssten die Rechtsabteilungen der LK umgehend tätig werden. Dies ist der Angelpunkt für einen fairen Erzeugerpreis.

## VORSCHUSS AUF RATENZAHLUNGEN

**Für eine erst zu erbringende Leistung eine Anzahlung zu bekommen, nennt man „VORSCHUSS“. Wenn eine bereits erbrachte Leistung in Teilzahlungen abgestottert wird, so ist dies eine RATENZahlung, für die in der Regel innerhalb der Wirtschaft auch ein Zinsaufschlag zu bezahlen ist.**

Der Staat Österreich zahlt seinen betriebsführenden Bäuerinnen und Bauern, für seit 10 bzw. 11 Monaten erbrachte Leistungen – **im Nachhinein – am Ende des Jahres** eine Teilzahlung (zwei Raten) aus. Für den Bauern auferlegte Zusatzleistungen im Interesse der Allgemeinheit, die **Säulen 1 und 2 zusammengerechnet, waren das 2014 genau 1.716.060.496 Euro!** („Grüner Bericht 2015“ Seite 244)



BESINNLICHE UND HARMONISCHE WEIHNACHTEN IN  
SCHWIERIGEN ZEITEN, WÜNSCHEN ALLE LANDESOBMÄNNER UND  
DAS REDAKTIONSTEAM ALLEN MITGLIEDERN, LESERN,  
FREUNDEN DES UBV UND DEREN FAMILIEN.

**EIN PROSIT NEUJAHR AUF EIN VIEL BESSERES 2016.**



Allein die Direktzahlungen, und jene für ÖPUL und AZ, also Zahlungen mit Flächenbezug, machten im Vorjahr 1.450.965.664 Euro aus. Damit wird klar warum die Bauernbetriebe diese Gelder, die meist umgehend als Investitionen in der übrigen Wirtschaft Eingang finden, termin- und zeitgerecht brauchen!

Heuer kamen diese ersten zwei Ratenzahlungen im November und Dezember, überhaupt erst auf Grund von erheblichem Druck auf Bauernbundspitze und Minister RUPPRECHTER zustande, an dem der UBV einen nicht unerheblichen Anteil hatte. Ursprünglich war nämlich bekannt geworden, die UBZ hat sofort darüber berichtet, dass heuer, auf Grund organisatorischer Probleme der AMA, überhaupt keine Ratenzahlung erfolgen sollte.

Bäuerinnen und Bauern, die ohne eigene Schuld heuer ein finanziell katastrophales Jahr erlebten, zahlt man deren Leistungen wieder nur in Raten ab. Dass man dies lauthals „Vorauszahlung“ bzw. „Vorschuss“ nennt ist Teil jener Missachtung des Bauernstandes, der immer wieder in Wort und Schrift ersichtlich und erfüllbar ist. In einem Leserbrief in den OÖ-Nachrichten bezeichnet der Biobauer Georg DOPPLER in Waizenkirchen die heurige Vorgangsweise dieser Auszahlungen „die bisher unverschämteste Demütigung in einer endlosen Serie“ – und er hat völlig recht.

Die von Minister ANDRÄ RUPPRECHTER groß angekündigten 713,4 Mio. an Ratenzahlungen sind ebensowenig ein Vorschuss, wie die 50 % bzw. 75 % den Tatsachen entsprechen. Wenn die Förderungen (die im Grünen Bericht noch immer als „Subventionen“ aufscheinen) heuer nicht radikal gekürzt wurden, hätten diese Prozentsätze annähernd 850 Mio. Euro ergeben müssen. Aber wie gesagt, diese Prozentsätze stimmen ja auch nicht, was zum Beispiel in der OÖ Kammerzeitung „Der Bauer“ vom 25.11.2015 wie folgt bestätigt wird: „Die Vorschusszahlung lässt keinen Rückschluss auf die gesamte Auszahlung des Jahres 2015 zu.“

Dass der Staat Österreich ein säumiger Zahler ist, ist amtsbekannt und die eine Seite der Medaille. Die andere ist, dass er von seinen Bürgern absolut termingerechte Einzahlungen von Steuern und Abgaben verlangt und Säumige rigoros bestraft. Auch die landwirtschaftlichen Betriebe können davon ein Lied singen. „720 Millionen Vorschuss für die Bauern“ (und ähnlich) titelten Tageszeitungen in Balkenlettern und erweckten damit in der Öffentlichkeit den Eindruck, dass die Bauern unentwegt am Steuertropf hängen, dauernd mit Subventionen aus Steuergeldern aufgepäppelt werden.

Um dem Entgelt für erbrachte Leistungen vorstellig werden zu müssen, gleichsam es zu erbetteln, so als wären dies Geschenke, muss selbst die systematisch, von öffentlichen Geldern abhängig gemachten Bäuerinnen und Bauern zur Weißglut bringen. 1.716 Mio., **eintausendsiebenhundertsechzehn Millionen Euro** betrug im Vorjahr allein das Leistungsentgelt aus Säule 1+2 aus öffentlichen Geldern. Sie machen heute schon bis zu 80 % des bäuerlichen Einkommens aus, weil der Bauernstand für seine Qualitätserzeugnisse nur mehr Ramschpreise bekommt. Kein Wunder, dass diese nur mehr 1,6 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beitragen.

Es wird höchstwahrscheinlich Politiker geben, die diesen ganzen Schlamassel bei den Fördergeldauszahlungen flugs nach Brüssel abschieben, weil von dort die Vorschriften kommen. Die AMA ließ ja schon mitteilen, dass sie an diese gebunden sei. Tatsache ist, dass die BB-Führung ihrem Minister ein, nur von ihr ausgearbeitetes neues ÖPUL-Programm nach Brüssel mitgab, das wegen des erhöhten bürokratischen Aufwandes dort heftiges Kopfschütteln auslöste. Hat da nicht jemand von dringendem notwendigem Bürokratieabbau gesprochen? Wurden diesbezüglich nicht auch Resolutionen in den LK-Vollversammlungen beschlossen? Gerade dieses neue ÖPUL und die national beschlossene Fristverlängerung für Anträge, sind nämlich das Hauptproblem. Ob die schon sehr selbstherrliche AMA nicht hätte einen Zahn zulegen können, werden wir kaum je erfahren.

**Um mit LH Dr. PÜHRINGER abzuschließen: „Die Bauern und Bäuerinnen brauchen Planbarkeit und Verlässlichkeit. Eine flächendeckende Landwirtschaft und ein vitaler ländlicher Raum sind ohne die bäuerlichen Familienbetriebe nicht zu machen!“** – Werden dieser Aussage auch Taten folgen?

GENO

## 18 MILLIARDEN EURO ...

... entgehen dem Staat jährlich an Steuern und Abgaben durch Geschäfte über Briefkastenfirmen im Ausland, die mitunter nur für 24 Stunden in Erscheinung treten, versichern Experten, die tagtäglich mit dieser Materie beruflich zu tun haben. Will man nicht, oder kann man nicht dem einen Riegel verschieben? Würde man hier das Notwendige tun, wäre Österreich aller großen finanziellen Sorgen entledigt.

## IMPORTE – ÜBERSCHÜSSE – EXPORTMUSS

Es gehört einfach zum gängigen Vokabular von agrarpolitischen Entscheidungsträgern und „Experten“ **Agrarexporte als unbedingt erforderlich zu verlangen.** Einerseits wird die Bauernschaft aufgefordert mehr zu produzieren, andererseits müssen Überschüsse außer Landes gebracht werden. Besonders ehrgeizige Agrarpolitiker sprechen davon, dass die EU am Agrarweltmarkt die Nummer „Eins“ werden müsse, DER Player!

Vor Kurzem hat Österreichs langjähriger Agrarkommissar Franz FISCHLER den Bäuerinnen und Bauern vorgerechnet, wie enorm die heimischen Agrarexporte durch den EU-Beitritt angestiegen sind. Das stimmt, unerwähnt aber blieb, dass auch die Agrarimporte rapide gestiegen sind und die Exporte übersteigen. **Im Zeitraum 1995 bis 2014 waren es 9.745,9 Mio. Export, aber 10.728,5 Mio. an Importen.** Worin liegt der große Vorteil für Bauern und Bäuerinnen?

Aus Sicht des Bauernstandes ist dieses Exportmuss unverständlich und überaus kritikwürdig, weil es schädlich und existenzbedrohend ist. Daneben heißt Agrarexport auch Lebensmitteltourismus mit allen negativen Auswirkungen auf Klima und Umwelt und zerstört vielfach die Landwirtschaft in den Exportländern. Nur ganz nebenbei verträgt sich keine Agrarexport-Offensive mit nachhaltiger Bewirtschaftung. Gar nicht zu reden davon, dass Agrarexporte zu Weltmarktpreisen die heimischen Erzeugerpreise ruinieren. Aber all das scheint eine sehr mächtige Lobby in keinsten Weise zu beeindrucken, wird jedes Jahr schlimmer.

Wenn ein Überangebot am Markt besteht, fallen die Erzeugerpreise als erste. Die Autoindustrie fährt eine völlig andere Strategie, drosselt in solchen Fällen ihre Produktion, verhindert damit einen Preissturz und erhält sich so ihre Gewinne. **Wer sagt endlich klipp und klar was man von der Bauernschaft mittelfristig erwartet, wo es lang geht, welche Maßnahmen zum wirtschaftlich gesunden Fortbestand ihrer Betriebe ergriffen werden?**

Weil kostengerechte Agrarerzeugerpreise, die auch Gewinne abwerfen müssen – Förderungen unnötig machen – ganz offensichtlich weltweit „unerwünscht“ sind, werden Überschüsse „gemacht“. Über Aufrufe zur Mehrproduktion wegen des Hungers in der Welt, unter Hinweis auf die betriebswirtschaftliche Regel „fallende Preise müssen durch Mehrproduktion wettgemacht werden“ und nicht zuletzt durch vielfach unnötige Importe. Globalisierte Märkte sind das beste Instrument dafür und die zusätzliche Preisgabe von Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität.

Vorausschauende Politiker haben einst lange Jahre – höchst sinnvoll – die Landwirtschaft von den GATT-Verträgen ausgenommen. Eine mächtige Lobby hat diese grundvernünftige Regelung zu Fall gebracht, die in CETA und TTIP ihre Fortsetzung findet. Noch vorhandene Schutzbestimmungen zur Sicherung und zum Erhalt der bodenständigen Landwirtschaft finden so gut wie keine Anwendung. Die Folgen einer solchen Agrarpolitik werden Jahr für Jahr massiver, bedrohlicher und sichtbarer.

### Zahlen zu Agrarimport und -export

Grob gesagt müssen wir das exportieren, was wir andererseits importieren, wobei die Importe aus den EU-Staaten höher sind als die Exporte dorthin. Billigimporte setzen den Bauernstand unter Druck, beeinflussen unsere Erzeugerpreise und gefährden die wirtschaftliche Stabilität der Regionen. – Weil Milch und Fleisch bei den Agrarproblemen derzeit ganz oben stehen, umfasst die Tabelle nur diese „Posten“. (Entnommen „Grüner Bericht“ 2015)

<b>IMPORTE: (in Mio. Euro)</b>	<b>1995</b>	<b>2000</b>	<b>2010</b>	<b>2014</b>	<b>Steigerung in %</b>
Lebendtiere	31,6	78,4	192,1	236,7	+ 749
Fleisch und -waren	213,5	336,0	744,6	948,3	+ 444
Milch + Molkereierzeugnisse	164,1	338,4	608,9	821,9	+ 500
<b>EXPORTE:</b>					
Lebendtiere	68,6	83,7	124,2	152,0	+ 221,5
Fleisch und -waren	208,1	383,5	917,4	1.142,0	+ 556,8
Milch + Molkereierzeugnisse	185,9	482,8	933,4	1.209,9	+ 650,0

# BURGENLAND:

## RÜCKBLICK AUF 2015

Ein zu Ende gehendes Jahr ist Anlass für einen Rückblick aus bäuerlicher Sicht. Burgenland war heuer von sämtlichen Wetterextremen betroffen. Im Mai Hagel und sintflutartige Regenfälle im Süden, Unwetter im mittleren Teil und Wüstentage im Juli und August. Dieses Jahr hat deutlich gezeigt die Verletzlichkeit der Landwirtschaft. Es gab enorme Schäden. Ein von der Regierung beschlossenes Maßnahmenpaket zur Abfederung dieser, medial groß angekündigt, ist gerade wie ein Tropfen auf den heißen Stein.

### Verstärkter Strukturwandel, erhöhtes Höfesterben

Witterungsmäßige Extremsituationen, ein Einkommensminus vier Jahre hintereinander, die nationale Agrarpolitik im Allgemeinen und die ganzen EU-Grauslichkeiten unter nationaler Mithilfe, sind dann oft ausschlaggebend für eine Betriebsstilllegung, das Höfesterben. Der Eindruck bleibt, ein von OBEN gesteuerter, gewollter Strukturwandel, obwohl das Gegenteil – absolute Erhaltung der familienbäuerlichen Betriebe – behauptet wird. Denn die Zahlen beweisen das Gegenteil. So sind im Burgenland seit 1990 die landwirtschaftlichen Betriebe von rund 17.000 auf nur mehr rund 5.000 dezimiert worden.

Im Zuge dieses Strukturwandels hat auch die Landschaft schon des Öfteren ihr Gesicht verändert vor allem dort, wo versucht wurde das Äußerste an Landnutzung herauszuholen. Einst hatten große Viehherden auf den ausgedehnten Weideflächen das Landschaftsbild geprägt. Später haben sich Nationalparkgemeinden und solche mit mehr oder weniger Weinbau herausgebildet. Jetzt geht der Weinbau zurück und in mehreren Gemeinden dominiert der Maisanbau. Aber auch die Sojabohne, wieder entdeckt, ist im Vormarsch und stand heuer auf 18.000 Hektar.

### Soja anstatt Mais und der Uhdler

Wir sind das Bundesland mit der größten Sojafläche, posaunt Kammerpräsident HAUTZINGER. Gründe dafür sind laut dem Pflanzenbauexperten der Kammer, vor allem die Preisentwicklung in den vergangenen Jahren gegenüber den anderen Felderzeugnissen. Auch das Beizverbot mit Neonikotinoiden im Mais, ließ viele Bauern auf die Sojabohne zurückgreifen. Erstmals sind im nördlichsten Bezirk die Ackerbauern auch auf bisher 2.000 Hektar Soja umgestiegen. Denn das Kernland für den Sojaanbau ist seit Ende der 1990er Jahre das Südburgenland.

Die Ernten sind weitgehend eingebracht. Lediglich Trauben, die auf frostige Tage zur Eisweinkelterung warten, hängen noch draußen. In der südburgenländischen „Uhdlerregion“ gärt es politisch noch immer und dies wahrscheinlich noch längere Zeit. Um eine Lösung zu finden für einen EU-konformen Anbau dieser althergebrachten Direktträgersorten, gleichen die derzeitigen Aktivitäten eher dem sattsam bekannten Hick-Hack zwischen den beiden Regierungsparteien, als dem Bemühen nach einer sachlichen Lösung.

FRITZ MEIXNER

# SALZBURG:

## AUS DER JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG 2015

Kaum zu glauben „wia de Zeit vageht“! Am Sonntag, dem 22. November, hielten wir – bei einem perfekten Sammlungswetter – unsere inzwischen sechste Jahreshauptversammlung ab, seit meiner Wahl zum Landesobmann. Nach einem intensiven Wahljahr mit einem nicht ganz zufriedenstellenden Ergebnis für den UBV-Salzburg, waren meine Erwartungen hinsichtlich der Besucherzahl eher gedämpft. Obwohl wir diese Veranstaltung in keiner Zeitung ankündigten trafen überraschenderweise doch an die 80 Besucher aus allen Gauen bei uns in Kuchl ein. Besonders freute mich der Besuch von drei Oberösterreichern aus dem Bezirk Steyr, die auch diesmal ihre Teilnahme am Landesverbandstag in keiner Weise bereuten.

## REFERENT MARKUS HAFNER AUS SÜDTIROL ...

... wurde in unserer Versammlung ganz herzlich willkommen geheißen. Er ist Milchbauer, begeisterter Rinderzüchter und hier Besitzer einiger sehr bekannter Braunviehkühe mit hohen Auszeichnungen. Ernüchternd für mich, wenn auch nicht ganz unerwartet war seine Aussage, dass seine Ausstellungskühe ein Hobby seien und eher Geld kosten. Obwohl er mit seinem Sohn gemeinsam den Hof bewirtschaftet und mit 14 Kühen doch an die 100.000 Liter Milch an die Molkerei abliefern, sind sie gezwungen ihren Hof (in 1.200 Meter Seehöhe) im Nebenerwerb zu führen, was aber nicht immer leicht ist.

### Nebenberuf Übersetzer für Italien im EMB

HAFNER übersetzt im EMB in Brüssel für Italien und war ein sehr interessanter, versierter Vortragender, der ohne Mikrofon seinen Werdegang und die politische Situation in Brüssel vortrug. Alle lauschten still und gespannt bis zum Schluss.

Kein gutes Zeugnis stellte er unseren Agrarvertretern von ÖVP und SPÖ aus. Besonders (Österreichs Aushängeschild) Elisabeth KÖSTINGER sei mit ihren Wortmeldungen sehr sparsam und somit in den parlamentarischen Ausschüssen die mit Abstand Letzte. Beim Thema TTIP sei KÖSTINGER ganz auf EU-Linie, von sogenannter „roten Linie“, die nicht überschritten werden dürfe, sei in ihren Wortmeldungen in Brüssel nichts zu hören. Ganz direkt sagte HAFNER, dass wir von unseren Vertretern dort nur verarscht werden. Für die gibt es kein Österreich, nur ein Brüssel. Alle Anwesenden haben dies ohnehin schon längere Zeit vermutet.

### Schon seit zwei Jahren nicht im EMB

Auch überbrachte der Referent Grüße vom Vorsitzenden des „Europaen Milk Board“ (EMB) mit dem Wunsch, sich in nächster Zeit mit Vertretern des UBV zu treffen. Österreich war ja Gründungsmitglied des EMB und ist dort – zum Bedauern des EMB – seit zwei Jahren nicht mehr vertreten, was bedauert wird. Meiner Meinung nach, sollte bei diesem Treffen auch die IG-Milch dabei sein, die auch in Zukunft das Thema Milch für Österreichs Milchbauern dort vertreten sollte. Wir werden gerne diesem Wunsch nachkommen und uns um einen Wiedereintritt in die größte Milchbauernvereinigung Europas (17 Länder) bemühen.

### LK kämpft gegen Flächenverbrauch?

Die Initiative der österreichischen Hagelversicherung durch Gen.-Dir. WEINBERGER zeigt in der Öffentlichkeit Wirkung. „Täglich gehen 20 Hektar landwirtschaftlicher Nutzgrund in Österreich verloren, ein durchschnittlicher Bauernhof.“ Das bedeutet aber auch, dass nicht wenige heimische Bauern ihren Hof nur noch durch Grundverkauf erhalten können.

Die Spitzenvertreter der Landwirtschaftskammern unterstützen diesen Kampf. Wirklich? Würde es ihnen Ernst damit sein, dann müssten sie zum Beispiel in Salzburg geschlossen hinter der Umweltsenatorin Dr. Astrid RÖSSLER stehen. Denn gerade diese Frau versucht, fast alleine, aber entschlossen und mit viel Überzeugungsarbeit die ÖVP-Bürgermeister davon zu überzeugen, dass dieser gigantische Flächenverbrauch schnellstens reduziert werden muss. Wenn wir vom UBV in der Kammer dann die Frage stellen, wie sich denn die BB-Kammerräte eine solche Eindämmung vorstellen, ernten wir nur Achselzucken. Das zeugt von keiner Entschlossenheit einen Kampf dagegen zu führen! Alles nur Schall und Rauch!

Die Erde besteht in ihrer Oberfläche zu 75 % aus Wasser, nur zu 25 % aus Festland, das aber nur zu 12,5 Prozent agrarisch genutzt werden kann. Um unseren besonders verschwenderischen Umgang mit diesen Nutzflächen einzudämmen, bedürfte es aber der Anstrengung aller, nicht nur der „Grünen“. Wer so weitermachen möchte wie bisher, der hat wohl jegliches Verantwortungsgefühl gegenüber unserer Jugend verloren.

Aber auch bei den Grünen wird es ein Umdenken in ihrer Verbauungsstrategie geben müssen. Denn eine Verbauung nur rund um die Ortskerne zuzulassen, bedeutet nicht selten, dass beste landwirtschaftliche Flächen verbaut werden. Bei den heutigen guten Verkehrserschließungen außerhalb der Ortskerne sowie eines Kanalnetzes, das inzwischen auch den entlegendsten Bauernhof erfasst hat, muss es möglich sein, außerhalb liegende landwirtschaftlich wertlose Flächen zu verbauen. Darüber offen zu diskutieren und danach zu handeln wäre EIN Weg in diesem „Kampf“. Er verlangt aufgeschlossene, dafür bereite Bürgermeister und Gemeindevertreter, aber auch Zuständige im Land, die nicht das erlauben, was der Gemeinderat verhindern wollte, wofür es Beispiele gibt.

## Wer hat das zu verantworten?

Wenn ich durch unser wunderbares Land Salzburg fahre frage ich mich, wer hat denn eigentlich diese Grundverschwendung in den letzten 30 Jahren zu verantworten? Ob HOFER, BILLA, SPAR oder MAXIMARKT u. a. m., alle stehen sie am Rand der Ortskerne. Eingeschossig, mit riesigen Parkflächen ohne Tiefgaragen. Mit Beispielen davon könnte man ganze Zeitungen füllen. Aber auch heute noch werden Wohnanlagen ohne Tiefgaragen geplant und von den Gemeindevertretungen genehmigt. Wie kann es denn sein, dass man auf der einen Seite von „nicht leistbarem“ Bauland spricht und auf der anderen Tiefgaragen als zu teuer ablehnt? Nicht einmal bei der landwirtschaftlichen Investitionsförderung merkt man etwas vom tatsächlichen Willen zum Flächensparen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wurden im „alten“ Investitionsprogramm, sinnvoller Weise, Stallumbauten noch besser gefördert als Neubauten, sie sind ja auch oft aufwändiger und teurer, so wird im neuen Programm dieser Anreiz völlig außer Acht gelassen. Das Ziel schon wieder vergessen?

## „75 BZW. 50 PROZENT NOCH HEUER!“

„Minister RUPPRECHTER erreichte für die österreichischen Bauern in Brüssel nach harten Verhandlungen (wie immer), dass Österreich noch heuer 75 % der ÖPUL-Auszahlungen und 50 % der Betriebsprämien ausbezahlen darf.“ So und ähnlich lauteten die Schlagzeilen VOR den Landtagswahlen in Oberösterreich und Wien. Nun sind die Wahlen vorbei und nun entpuppen sich diese Meldungen – Wahlversprechen – wie schon so oft als Farce. Die 75 % ÖPUL- und AZ-Auszahlung sehen viele Bäuerinnen und Bauern geradezu als Provokation an, da sie – im Vergleich zum Vorjahr – mitunter nur 25 % ausbezahlt bekommen. Verschwiegen wurde nämlich vorher, dass Naturschutzmaßnahmen und weitere Teilbereiche im ÖPUL gänzlich von der Auszahlung ausgenommen werden. Auch war keine Rede davon, dass dann der Hauptanteil der Auszahlungen erst im April (Ende) ausbezahlt wird.

Bei den teilweise sehr geringen Auszahlungsbeträgen fragen sich so manche Betriebsführer, wie denn die Kosten/Nutzenrechnung dieses bürokratischen Wahnsinns, der hier betrieben wird, ausschaut. Werden nicht die dafür aufgewendeten Kosten letzten Endes der Bauernschaft fehlen? Die AMA wird doch aus dem Agrarbudget bezahlt. Oder etwa nicht?

Wäre es nicht sinnvoller, kostensparender gewesen, diese angeblich so schwierigen Berechnungen, die nicht zeitgerecht zur Auszahlung kommen, so schnell wie möglich abzuschließen, anstatt diese zu unterbrechen und dadurch die Endauszahlung bis Ende April zu verzögern? Dann wenigstens im Jänner 2016 den Betrieben die „gesamte Auszahlung“ zu überweisen, damit sie in den für sie ausgabenstärksten Monaten, Jänner und Feber, fast all ihre Versicherungen und Einmalzahlungen bestreiten können? Dies hätte den Bäuerinnen und Bauern viel an zusätzlichem Ärger und Enttäuschungen erspart und der AMA einen gigantischen bürokratischen Aufwand. Statt bestenfalls Ende April, hätte jeder Betriebsführer Ende Jänner das vergleichbare Auszahlungsergebnis in Händen gehabt. Sich über Unklarheiten informieren und gegebenenfalls Einsprüche machen können. Aber warum denn einfach, wenn's auch kompliziert geht, mit Geld lässt sich doch (fast) alles ausgleichen!

## „3 X EINKOMMENMINUS NICHT SO SCHLIMM!“

Das sagt unser salzburger Kammerpräsident, „denn man müsse das eben über mehrere Jahre sehen! Betrachtet man das „landwirtschaftliche Einkommen“ über einen Zeitraum von vier Jahren, so ist es immer noch höher als vor vier Jahren. Besonders erfreulich sei, dass das Einkommen im Berggebiet Zone 4 so gestiegen ist.“

Das durchschnittliche landwirtschaftliche Betriebseinkommen lag 2014 bei 23.370 Euro BRUTTO wovon durchschnittlich etwa 17.000 Euro auf Ausgleichszahlungen entfielen. Bergbauernbetriebe der Zone 4 erwirtschafteten ein Einkommen von durchschnittlich ca. 14.700 Euro BRUTTO, inklusive aller Ausgleichszahlungen. Dies für Leistungen, die wohl 90 % der heimischen Bevölkerung nicht zumutbar

wären, egal bei welcher Entlohnung. Darum ist es wohl unumgänglich, eine gerechtere Aufteilung der Ausgleichszahlungen anzugehen. Auch um die Akzeptanz der Bevölkerung für die Unterstützung der Landwirtschaft aus öffentlichen Mitteln nicht zu verlieren.

## LÄUFT DA NICHT EINIGES SCHIEF?

Wie zu hören ist, halten sich in Österreich derzeit 7.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf. Die Kosten für jeden einzelnen betragen laut Zeitungsbericht 95 Euro täglich. Das sind 2.850 Euro im Monat und 34.200 Euro im Jahr, für die der österreichische Steuerzahler aufkommen muss. Jetzt glaube ich gibt es nur ganz wenige Menschen, die diesen Jugendlichen den sicheren Aufenthalt in Österreich nicht vergönnen. „ABER“ – und dies fragen sich viele Österreicherinnen und Österreicher immer öfter: „Müssen diese Jugendlichen bzw. generell alle Flüchtlinge mit den modernsten Handys und vielem mehr ausgestattet werden? Warum sind Wohnungen und Einrichtungsgegenstände, die über Jahre für österreichische Familien gut genug waren, plötzlich Flüchtlingen nicht zumutbar?“

Dies fragen sich immer mehr heimische Familien, die Monat für Monat mit den ständig steigenden Kosten zu kämpfen haben. Flüchtlinge, die mit all dem teilweise sehr verantwortungslos umgehen, mit Steuergeldern. Sozialeinrichtungen, die da und dort mit ihrer Forderung nach noch mehr Unterstützung für Flüchtlinge, den sozialen Frieden in unserer doch recht toleranten Gesellschaft gefährden. Weit mehr als dies so mancher Rechtsradikaler mit seinen Parolen tut. Denn **ganz viele Familien mit mehreren Kindern**, verfügen über kein Einkommen von 2.850 Euro im Monat.

Darum wünsche ich mir für das kommende neue Jahr mehr Fingerspitzengefühl in dem sehr heiklen Thema Flüchtlingsunterbringung, damit der soziale Friede in unserem so schönen Land auch weiterhin Bestand haben kann. Ich finde es ganz großartig was all die tausende freiwillige Helfer ehrenamtlich und unermüdlich leisten, damit dieses Flüchtlings-Chaos bisher überhaupt bewältigt werden konnte. Ihnen immer wieder aufrichtig und in aller Öffentlichkeit dafür zu danken, ist das Mindeste was ihnen eigentlich tagtäglich ausgesprochen werden müsste.

GEORG ESSL

## STEIERMARK:

### EXISTENZGEFÄHRDUNG DER BÄUERLICHEN LANDWIRTSCHAFT

Zum vierten Mal hintereinander endet ein Jahr mit massiven Einkommensverlusten für die Bäuerinnen und Bauern in Österreich. Die jeweiligen Jahresberichte „zur Lage der österreichischen Land- und Forstwirtschaft“ (Grüner Bericht) liefern dafür, anhand ausgesuchter Betriebe, das unbestrittene Zahlenmaterial. Es sollte – laut Gesetz – die Grundlage dafür sein, dass Landwirtschaftsminister und Regierung Maßnahmen ergreifen, um den in der Landwirtschaft Tätigen die Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu sichern. Das besagt das Gesetz, aber es geschieht nichts, denn sonst dürfte es ein vierjähriges Einkommensminus, für einen wichtigen, unbedingt notwendigen Berufsstand, einfach nicht geben.

Heute ist es so, dass schon die Mehrzahl der Betriebe von den Erlösen ihrer Produktion, zuzüglich den EU-Förderungen, die immer weniger werden, ihr „Unternehmen Bauernhof“ nicht wirtschaftlich positiv führen können. Wo dies möglich ist, müssen Grundstücke verkauft werden, ein unwiederbringlicher Substanzverlust, der die Leistungskraft verringert, die Existenzgrundlage schwächt. Bei vielen anderen steht Konsumverzicht und die Aufschiebung von Investitionen auf der Tagesordnung.

Es braucht daher sofort einen Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik, damit die bäuerlichen Betriebe wieder unterstützt und nicht vom eigenen Staat ruiniert werden. Es sind nämlich vielfach nationale Regelungen, Verordnungen, bürokratischer Aufwand, überzogene Umwelt- und Tierschutzbestimmungen, welche die Betriebe in ihrer Existenz ernsthaft gefährden. Es muss auch der Arbeitsplatz Bauernhof direkt gefördert und als solcher sichtbar geschätzt und auch geschützt werden, was auch im öffentlichen Interesse liegt. Denn sonst gibt es bald keine Bauern, keine nachhaltige Landwirtschaft und keine gepflegte Kulturlandschaft mehr, welche die Bevölkerung und die zahlreichen Gäste/Urlauber besonders schätzen. **Der UBV fordert, dass die vielfältige Qualitätsarbeit der Bäuerinnen und Bauern über faire, d.h. kostengerechte Erzeugerpreise abgegolten wird, nicht erfolglos über Steuergelder.**

## LK-WAHLEN AM 31. JÄNNER 2016

An diesem Tag finden in der Steiermark die Wahlen in die Landeslandwirtschaftskammer und die Bezirksbauernkammern statt. So hat jeder Wahlberechtigte zwei Stimmzettel auszufüllen. Der UBV wird als Listendritter in allen Bezirken und auf Landesebene antreten und sich ganz bewusst als lösungsorientierte, parteiunabhängige Kraft den Wählerinnen und Wählern sowie der Öffentlichkeit präsentieren. **UNABHÄNGIG** ist der UBV keinem Grazer oder Wiener Parteisekretariat verpflichtet, sondern ausschließlich den bäuerlichen Wählern, die das im Lande zu verfolgende parteipolitische Gezänk bereits bis oben hin satt haben.

### CHANCE NÜTZEN, KURSWECHSEL EINLÄUTEN!

Der UBV-Steiermark ist der Herausforderer des bisher alles dominierenden Bauernbundes. Wir werden aus dieser Position die großen Themen im Lande ansprechen, nichts ist tabu. Es geht also um die berechnete Existenzangst der Bauernschaft, um die Landflucht, um all die leidvollen Erfahrungen und Belastungen, die alle fast täglich machen. Auf Grundlage dieser Themen werden wir unsere Forderungen präsentieren aber auch Lösungsvorschläge einbringen.

Es ist hoch an der Zeit für berufsständische **UNABHÄNGIGKEIT**. Im UBV hat jede und jeder Platz, wenn ihm das Berufswohl näher liegt als (s)eine Partei. Der gesamte Vorstand des UBV-Steiermark bittet um eine Wahlspende, damit wir auch diese Wahlauseinandersetzung, die über die Landesgrenzen hinaus große Bedeutung, Signalwirkung hat, erfolgreich bestreiten können. Aktivitäten, Informationen kosten Geld, nur was nichts wert ist kostet nichts. Wir sind dankbar für jeden Zehner, jeder Hunderter stärkt uns in dieser Auseinandersetzung, wo es für uns um die Erhaltung der noch vorhandenen bäuerlichen Betriebe, um die Anerkennung der Qualitätsarbeit der Bäuerinnen und Bauern durch faire Erzeugerpreise, um den Erhalt der bäuerlichen Arbeitsplätze – im Interesse aller – wo es um Taten und nicht um schöne, nicht gehaltene Versprechen geht. Letztlich geht es um unsere steirische Heimat. (Die Bankverbindung lautet: UBV-Steiermark – IBAN: AT18 2000 0303 6753 – BIC: RZSTAT2G262, RAIBA Leutschach-Oberhaag) – Allen unseren Spendern sagen wir bereits jetzt ein von Herzen kommendes „DANKE“.

### SICHERUNG AUCH BÄUERLICHER ARBEITSPLÄTZE!

- » Landwirtschaftskammern und Agrarministerium, die allesamt schon seit Jahrzehnten von Vertretern des ÖVP-Bauernbundes geführt werden, sind maßgeblich für das Höfesterben, die Landflucht, all das Bauernleid verantwortlich. Mit Unterstützung dieser Funktionäre wurden unsere Höfe zu Tode reformiert, was man Strukturwandel nennt. Allein in der Steiermark mussten in den letzten 15 Jahren 30.000 Betriebe ihre Tore für immer schließen. Höfesterben, ein Alarmsignal für das gesamte Land, für den gesamten ländlichen Raum.
- » Seit dem EU-Beitritt Österreichs gibt es in der Landwirtschaft kaum ein Produkt das mehr Erlös bringt, als dasselbe vor 30 Jahren, sei es je Kilogramm, je Liter, je Stück oder je Festmeter.
- » Auch die Folgen des Russland-Embargos für Österreich haben die Regierungsparteien zu verantworten! Die Zeche dafür zahlen in erster Linie unsere Bäuerinnen und Bauern, die Obst, Milch oder/und Fleisch erzeugen. Denen Russland als riesiger und guter Exportmarkt weggebrochen und bis heute mit ein Grund für den mehrfachen Preisverfall ist.
- » All dieses Bauernleid muss ehestens ein Ende haben! Daher fordert der UBV-Steiermark zur wirtschaftlichen Rettung und nachhaltigen Stabilisierung unserer Bauernhöfe eine Direktförderung für den Arbeitsplatz Bauernhof. Wir brauchen jetzt ein „Arbeitsmarktpaket für das Land“, damit wir so viele Arbeitsplätze wie möglich in der Landwirtschaft erhalten. Nur so können die „Unternehmen Bauernhof“ überleben und der ländliche Raum wirtschaftlich fortbestehen.
- » Unsere Bäuerinnen und Bauern wurden leider von den Mächtigen im Land über Jahre hinweg vergessen und verraten. Der UBV-Steiermark will treibende Kraft sein, für eine neue Agrarpolitik und dafür am 31. Jänner 2016 ein Zeichen setzen. Um dies zu schaffen ist dringend ein agrarpolitischer Kurswechsel notwendig, den aber nur die Bauernschaft selbst erzwingen kann. Parteipolitisch ist nichts zu erwarten.

## BILLIGSTIMPORTE RUINIEREN OBST- UND GEMÜSEBAU

Berechtigte Existenzangst geht in den Betrieben um. Die Obstbauern, zum Teil auch die Gemüsebauern stöhnen, verzweifeln an den gebotenen Billigstpreisen für ihre Erzeugnisse, die seit Wochen durch subventionierte Importe – zum Beispiel aus Polen – die Marktpreise ruinieren. **Diese Importe wurden, offensichtlich so ganz im Sinne einer GEMEINSCHAFT, durch ein EU-Sonderprogramm subventioniert.** Bei den hierzu erforderlichen Entscheidungen auf EU-Ebene haben, wie anzunehmen ist, unsere Agrarvertreter tatenlos zugesehen – oder nicht mitgedacht. Sie haben sich damit gegen essentielle wirtschaftliche Interessen von Österreichs Landwirtschaft gestellt.

Auch die Rahmenbedingungen, die als Folge des Klimawandels für unsere Landwirtschaft entstehen, werden entweder überhaupt ignoriert, oder maximal, nur ganz zaghaft und ohne Nachdruck behandelt. Gerade so, als wäre dafür noch jede Menge Zeit gegeben. Die schon seit Jahren auftretende Trockenheit, Dürre, Unwetter mit Überflutungen und schweren Erosionen der fruchtbaren landwirtschaftlich genutzten Flächen, verlangen nach guten, das heißt sinnvollen, praktikablen, nutzbringenden und schnellen Entscheidungen. Diese Intensität, Häufigkeit und Dauer gab es noch nie!

Vor diesem Hintergrund ist es beklemmend und alarmierend zugleich, dass im Schuljahr 2015/16 in der landwirtschaftlichen Ausbildungsstätte „Silberberg“, nur mehr VIER neue Obstbauschüler ihre Ausbildung begonnen haben.

## DER UNABHÄNGIGE BAUERNVERBAND FORDERT:

- » Steuerliche Senkung der Abgabenquote als sofort umzusetzendes „Erste Hilfe-Programm“, zur Rettung und Stabilisierung unserer bäuerlichen Familienbetriebe.
- » Sofortige Senkung der Lohnnebenkosten für Saisonarbeitskräfte.
- » Aufstockung der Ausgleichszahlungen für produzierende Betriebe.
- » Sofortige Erleichterungen beim Zugang zum Wasser bei der Beregnung und Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen.
- » Eine sofortige Aufhebung der Sanktionen gegen Russland durch Österreich, gleichsam als Vorreiter in der EU zur Normalisierung zwischenstaatlicher Beziehungen.

## DRAMATISCHE SITUATION DER MILCHBAUERN

Der aktuelle Erzeugermilchpreis gefährdet in unserem Land weitere tausende bäuerliche Existenzen. Ganz besonders davon betroffen sind unsere heimischen Bergbauern in den schwierigen Produktionslagen. Der Absturz des Erzeugermilchpreises auf unter 30 Cent je Liter, ist der Todesstoß für sie – europaweit.

### DESHALB FORDERT DER UBV-STEIERMARK:

- » Die EU-weite Absenkung der Produktionsmenge durch Einführung eines Bonus/Malussystems zur Milchmengenregulierung, wie dies gleichlautend vom EMB verlangt wird. Das dem zugrundeliegende „Marktverantwortungsprogramm“ (MVP), sieht Bonuszahlungen für die freiwillige Rücknahme der Erzeugungsmenge der Milchbauern vor.
- » Ziel des UBV ist vorläufig, ein einigermaßen fairer Milcherzeugerpreis von mindestens 40 Cent je Liter netto.
- » Die Bündelung der Rohmilch VOR den milchverarbeitenden Betrieben.
- » Schaffung einer neuen Milchmarke, durch die Geld direkt dem Erzeuger zukommt.
- » Die Aufbesserung der Prämie für die sehr arbeitsintensiven Steilflächen.
- » Europaweit wirksame Sofortmaßnahmen bei Unterschreitung des Erzeuger-Mindestpreises.

## EXISTENZNOT DER SCHWEINEBAUERN

Die Situation der Schweinebauern im Lande ist mehr als kritisch, sie ist echt existenzbedrohend. Sie ist leidvoll und todernt. Das bezieht sich auf die Mastschweineerzeuger ebenso wie auf die Ferkel-

produzenten. Ihre Zukunft, ihr Leben, ihre Existenz wird auf dem „Altar der Agrarpolitik“ geopfert, wenn nicht umgehend eine erhebliche Verbesserung der Erzeugerpreise eintritt. Dass es auch innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen durch die EU, auch einzelstaatliche Möglichkeiten gibt das wirtschaftliche Überleben der Schweinebauern zu ermöglichen, sieht man am Beispiel Deutschland. Dort werden zum Beispiel wesentlich höhere Investitionsförderungen für Schweine haltende Betriebe gewährt, als in Österreich.

#### **DIESBEZÜGLICH FORDERT DER UBV-STEIERMARK:**

- » Eine echte, also zutreffende Planungssicherheit für Mast- und Ferkelbetriebe.
- » Einen Abbau der immer unerträglicher werdenden Bürokratie.
- » Eine Kehrtwende in der Agrarpolitik!
- » In Zukunft muss aus Gründen der Ernährungssicherheit und der Ernährungssouveränität sichergestellt werden, dass jeder EU-Staat SEINE Landwirtschaft absichert. Denn die Landwirtschaft zählt ebenso wie die Wasserversorgung zur Daseinsvorsorge unseres Gemeinwesens. Das Herzstück sind die bäuerlichen Familienbetriebe.
- » Erhalt der Nahversorgung und Ausbau regionaler Wertschöpfung.
- » Eine jährliche Indexanpassung bei den Ausgleichszahlungen.

## **DIE KAMMER MUSS ANDERS WERDEN**

Die Zeit ist überreif, die Landwirtschaftskammer muss anders, eine echte gesetzliche Interessenvertretung, werden. Die Landwirtschaftskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark ist über den Bauernbund parteipolitisch verfilzt. So finanziert zum Beispiel die LK jede Woche mehrere Seiten in der ÖVP-Bauernbundzeitung „Neues Land“. Das ist Parteifinanzierung und muss, so die Forderung des UBV, sofort abgestellt werden. Auf der Strecke bleibt auch eine unabhängige Beratung, bleibt ein faires Arbeitseinkommen für uns alle und damit unsere Zukunft als Bäuerinnen und Bauern.

Oberste Priorität einer „reformierten“ LK hat zu sein, dass sie die gesetzlichen Aufgaben einer rein berufsständischen und parteiunabhängigen – gesetzlichen Interessenvertretung erfüllt. Inhaltliche Schwerpunkte setzen, neue Produkte entwickeln! Neue Vermarktungssysteme zu etablieren, damit neue Zusatzeinkommen geschaffen werden. Ziel muss sein eine höhere Wertschöpfung zu erreichen, die es ermöglicht am Markt einen kostengerechten Preis zu erzielen, der selbstverständlich auch einen Unternehmensgewinn beinhaltet. Entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und dafür mit allem Nachdruck einzutreten, ist Aufgabe einer INTERESSENVERTRETUNG auf gesetzlicher Grundlage.

Bisher übt die SPÖ-Fraktion die im Kontroll-Ausschuss den Vorsitz innehat, eine, gegenüber der BB-Mehrheit sehr „weitherzige“ Kontrolle aus. Gerade das soll eigentlich der Vorsitz in Händen einer Minderheitsfraktion verhindern. Deshalb fordern wir als UBV eine sachgerechte, kritische und parteiunabhängige Kontroll-Ausschussführung, die keine Rücksichten, keine koalitionsäre „Freunderlwirtschaft“ – kein Tabu – kennt.

**Wir vom UBV fordern eine parteiunabhängige Arbeit (und Beschlussfassung) in der Landwirtschaftskammer, die eine berufsständische Interessenvertretung und nicht Handlanger politischer Parteien ist.** Es darf dort keine parteipolitische Befangenheit, keine mangelhafte Objektivität geben, das gebietet der gesetzliche Auftrag.

#### **HIER FORDERT DER UBV-STEIERMARK:**

- » Die Kammer darf von keiner Partei „in Besitz genommen“ werden. Sie muss einzig und allein ihren Mitgliedern dienen, wie es das Gesetz für Interessenvertretungen vorsieht. Hier muss endlich Objektivität und vollständige Transparenz einkehren.
- » Wir wollen eine innovative Kammer, die sich der zentralen Anliegen, Notwendigkeiten und Forderungen ihrer Mitglieder mit vollem Nachdruck – **gegenüber allen Parteien und Entscheidungsträgern** – annimmt, **Kernaufgaben erfolgreich wahrnimmt und zwar als agierende und nicht als reagierende Interessenvertretung.** Genau so, wie es erfolgreiche Interessenvertretungen seit Jahren vorzeigen. – Wir vom UBV werden nicht tatenlos hinnehmen, wenn versucht wird, vom Minister abwärts, dass einfach über uns „drübergefahren“ wird.

# NIEDERÖSTERREICH:

## ALLE JAHRE WIEDER

So wie Weihnachten, kommt jedes Jahr nach der Ernte eine Brotpreiserhöhung. Und jedesmal entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck das Brotgetreide wäre teurer geworden, der Blick fällt in Richtung Körndlbauern. Dass dem nicht so ist sagt niemand, steht nirgendwo, nämlich dass die Getreidebauern mit Erzeugerpreisen leben müssen, die nicht einmal die Produktionskosten voll abdecken.

Es ist schon Tatsache, dass die Lohn- und Lohnnebenkosten in der Müllerei und den Bäckereien steigen. Hier werden diese Kostenerhöhungen eben auf den Verkaufspreis umgelegt. Still und leise akzeptiert, auch von der ansonsten sehr kritischen Arbeiterkammer. Umrechnen auf Schillinge darf man ohnehin nicht mehr, denn da würde uns allen einfallen was die Regierung vor dem EU-Beitritt versprochen hat.

„Dass der Schilling erhalten bleibt, dass nichts teurer wird, ja im Gegenteil jedem Konsumenten jedes Monat noch 1.000 Schilling übrig bleiben.“ Freilich ist das jetzt schon 20 Jahre her, aber die Bauernschaft erinnert sich halt daran, dass vor 25 Jahren umgerechnet, ihre Preise höher waren als heute, und das ist halt das Dilemma. Wer hätte denn 1995 selbst im Traum daran gedacht, dass ein Kilo Brot einmal 50 ÖS und die Semmel fünf ÖS kosten würde. Den „Ederer-Tausender“ hat auch noch niemand gesehen.

## EIN GUTES TRAUBENJAHR

Abgesehen von jenen Weinbauregionen wo schwere Unwetter im Frühjahr erhebliche Schäden in den Weingärten verursachten, kann man überall dort, wo die Trauben normal gedeihen konnten, heuer von einem guten Weinbaujahr sprechen. Durch die lange Trockenheit gab es keinen so hohen Infektionsdruck, was sich hinsichtlich der Pilzbekämpfung durch erfreulich weniger Spritzungen günstig auswirkte. Eine gute Zuckergradation konnte die Aufbesserung reduzieren und wenn auch der Säuregehalt bei manchen Weinsorten schwach war, merkte man doch beim Verkosten, dass dieser Jahrgang ausgesprochen fruchtig ist.

Was so manchem Weinbauer aber sauer aufsteigt sind mitunter die Traubenpreise. Während für weiße Qualitätsweintrauben ein Kilopreis zwischen 0,80 und 1,0 Euro bezahlt wurde, mit dem die Weinbauernschaft durchaus leben kann, ist der Preis für Rotweintrauben ein Fiasko. Sie wurden von den Traubenaufkäufern eher als „Zwangsbeglückung“ betrachtet und mit etwa 0,30 Euro auch dementsprechend schlecht bezahlt. Derjenige, der noch vor wenigen Jahren das Auspflanzen von Rotweinsorten besonders propagiert hatte, ist sowohl als Weinbauernpräsident, wie auch als Vizepräsident der Landwirtschaftskammer zurückgetreten. Als Aufsichtsratsvorsitzender in der „österreichischen Hagelversicherung“ jedoch, ist sein Einblick in die Landwirtschaft weiterhin ungetrübt. Jenen Winzern aber, die seinem Appell gefolgt sind, denen bleibt nur sich entweder weiterhin zu ärgern, oder die Rotweinflächen zu roden.

## SCHNÄPPCHEN ZU LASTEN DER BAUERNSCHAFT

Sie rühmen sich die Vertretung des Bauernstandes zu sein und bestimmend für die heimische Agrarpolitik. Sitzen im Parlament, gut bezahlt, in den Kammerpräsidien und in den Konzern-AGs, die auf der unteren Ebene noch Genossenschaften heißen. Sie haben alle Informationen und den notwendigen Einblick und schauen zu, wie's den Bäuerinnen und Bauern an den Kragen geht.

Schauen zu, wenn der Lebensmitteldiskonter **18 Eier aus Bodenhaltung, die Packung um 1,99 Euro verkauft. Dort das Weizenmehl glatt oder griffig, in 10 mal ein Kilo, um 3,70 Euro und „Wiener Zucker“ das Paket, 10 mal ein Kilo, „ganze“ 7,77 Euro kostet.** Ja solche Aktionen ruinieren doch den Bauernpreis! Auch wenn dies Aktionen sind, wo Diskonter gar nichts daran verdienen, was kaum glaubhaft ist, wer verkauft ihnen denn all das? Denn unter dem Einstandspreis zu verkaufen ist gesetzlich verboten, strafbar und wäre Preisdumping. Und da wird ungerührt und unberührt zugeschaut! Nur niemanden vergrämen, verärgern – die Bauern müssen's schon schaffen. Vergessen ist der Feinkostladen, der der Bauernschaft faire Preise bringen soll. Bodenhaltungseier, Qualitätsmehl, Wiener Zucker werden zu Preisen wie Ramschware angeboten. Es ist ein Skandal! Natürlich freuen sich die Konsumenten und werden kaum nachfragen, wie dies geht.

## GEDENKEN AN JOHANN STROBL †

Wieder einmal musste der Bauernverband Abschied nehmen von einem aus der „alten Garde“. Am 1. November verstarb Johann STROBL im Kreise seiner Familie im 90. Lebensjahr. Bauer mit Leib und Seele bis ins hohe Alter, der sich stets um seine Familie sorgte und dessen Bestreben es war, aus seiner kleinen Landwirtschaft das Notwendige für ein auskömmliches Leben herauszuwirtschaften. Als Poysdorfer Weinbauer und Rebveredler waren dem Verstorbenen viele Weingärten bekannt. Oft unterwegs mit einem Weinhändler, wusste er Bescheid über die Sorgen und Nöte seiner Berufskollegen. Kannte so manche Vorzüge sowohl im wirtschaftlichen, als auch im persönlichen Bereich.

Als Mitglied des Bauernverbandes immer aktiv, war seine Meinung unter den Weinbauern oft und gerne gehört. Sein wohl größter Erfolg war, als auch durch seine besondere Aktivität der Bauernverband bei den Kammerwahlen 1970 in der BBK Poysdorf über 400 Stimmen erhielt. Weiters eine Diskussionsveranstaltung mit dem späteren Finanzminister Hannes ANDROSCH unter Leitung des Landesverbandes NÖ. In Landesobmann Robert WENITSCH fand er einen Freund über all die vielen Jahre hin. Der Spruch auf der Parte beschreibt treffend die Persönlichkeit des Verstorbenen:

*Du warst im Leben so bescheiden, schlicht und einfach lebstest Du.  
Mit allem warst Du stets zufrieden, hab' Dank und schlaf' in Ruh.*

## DAS WAR NEU FÜR MICH

Seit Jahrzehnten im Bauernverband, bei einigen LK-Wahlen mit der Erstellung von Unterstützungserklärungen und Kandidatenlisten weitum in NÖ unterwegs, habe ich mich diesmal auf die Kandidatenliste setzen lassen und wurde zum Bezirksbauern-Kammerrat gewählt. Neu ist ebenso für mich die aktive Teilnahme an einer BBK-Vollversammlung und deren Ablauf, obwohl ich von Kollegen schon einiges erfahren hatte. Neu auch, welche Probleme im Bezirk gegeben sind. Wie zum Beispiel, dass bei der Hagelversicherung für Kartoffeln auch das Abschwemmen und Lagerschäden versichert sein sollen.

Rübenbauernpräsident Ing. KAPFINGER, der ebenso wie LK-Präsident NR SCHULTES zur Vollversammlung eingeladen war, berichtete: Heuer wurden in Österreich 45.600 ha Zuckerrüben angebaut. Es wird mit einer Ernte von durchschnittlich 61 Tonnen je Hektar gerechnet, im Vorjahr waren es 86 Tonnen. Für die Kampagnedauer sind 120 Tage vorgesehen. Die Digestion, der Zuckergehalt der Rüben, liegt derzeit bei 17,3 %. Nach dem Auslaufen der Quote 2017 werden die Rübenbauern von der AGRANA (Südzucker) mit 25 % an den Frachtkosten beteiligt. – Bei BIO-Rübe wurden 780 ha kontrahiert und mit einem Zuckerertrag von 5.200 Tonnen gerechnet.

Auch neu war für mich, dass laut Präsident SCHULTES, in Hinkunft **bei Kammerwahlen ganz NÖ ein Wahlkreis** sein soll. Die Prozentklausel – bisher 5 % – mit der eine Wählergruppe in die Vollversammlung einzieht, soll dann auf vier Prozent herabgesetzt werden. „Um die Meinungsvielfalt zu erhalten, auch wenn dadurch der Bauernbund das eine oder andere Mandat verliert.“ Wäre diese Reform schon für die heurigen LK-Wahlen in Geltung, hätten die SPÖ-Bauern den Einzug geschafft.

JOSEF SCHMID

## BAUERN UNTER DRUCK

Unter diesem Titel erschien in den „NÖ-Nachrichten“ (42. Woche 2015/Bezirk Scheibbs) ein ausführliches Interview mit den neuen UBV-Bauernkammerräten im Bezirk Scheibbs, Peter OFFENBERGER und Alois FRÖSCHL. Weil ein solches Interview nicht alltäglich und die Ausführlichkeit bemerkenswert ist, wird dieses im Nachfolgenden wiedergegeben.

„Rund 30 Cent bekommt der Landwirt aktuell für einen Liter Milch. Vor 10 Jahren waren es noch 45 Cent und mehr. Meine 20 Milchkuhe, so der Vollerwerbsbauer Peter OFFENBERGER aus Gresten, produzieren rund 13.000 Liter Milch pro Monat. Dieser Milchpreis beschert mir monatlich Mindererträge von rund 1.500 Euro. Dazu kommt, dass ich durch den trockenen Sommer Futter zukaufen muss und das kann ich mir auf Dauer nicht leisten. In den letzten 15 Jahren mussten im Bezirk Scheibbs 700 landwirtschaftliche Betriebe schließen, in ganz NÖ waren es 28.500.“

Diese Entwicklung trifft nicht nur Bauern. Keine gesicherte Versorgung mit gesunden heimischen Lebensmitteln, hoher Druck auf dem Arbeitsmarkt, Absterben ganzer Regionen, höhere Umweltbelastung und vieles mehr sind die Folgen, welche die gesamte Bevölkerung spürt.“

OFFENBERGERS Aussagen belegt auch der „Grüne Bericht“, demzufolge die heimischen Bauern in den letzten vier Jahren deutliche Einkommensverluste hinnehmen mussten. „Vor dem EU-Beitritt wurden uns Ausgleichszahlungen versprochen, um die sinkenden Agrar-Erzeugerpreise ausgleichen zu können. Jetzt sind wir Bauern so weit, dass wir in vielen Sparten wie Milch, Getreide oder Schweine, trotz Ausgleichszahlungen nicht mehr kostendeckend produzieren können“, weiß UBV-Landeskammerrat Alois FRÖSCHL aus Gamming.

„Oft seien die versprochenen Hilfsmaßnahmen für Dürreopfer nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die besonders hart getroffenen viehhaltenden Betriebe bekommen als Draufgabe noch eine ungerechtfertigte, saftige Einheitswerterhöhung, mit langfristig belastenden Folgen. Hatten viele Grünlandbauern noch die Möglichkeit das Minus durch entsprechend höhere Nutzung aus dem Forst auszugleichen, ist das heuer durch den stark fallenden Holzpreis auch nicht mehr möglich“, sagt FRÖSCHL.

„Wir Bauern brauchen kostendeckende Preise, ohne dass der Konsument noch mehr zur Kassa gebeten wird. Um dies zu erreichen, muss auch der Handel in die Pflicht genommen werden, um ein faires Miteinander zu ermöglichen“, fordern OFFENBERGER und FRÖSCHL.

## Aufregung um Betriebsprämienzahlung

Unter diesem Titel war im Bezirksblatt Gänserndorf (26./27.8.2015) zu lesen: „Aufregung herrscht unter den Bauern im Bezirk.“ Auf Grund von Umstellungen bei Förderungen und Datentechnik, soll die heuer fällige Betriebsprämie in zwei Raten ausbezahlt werden. Das bringt Probleme, da ja mit der Gesamtsumme kalkuliert wurde.

„Das Problem ist uns bewusst, aber da die Umstellung eine Verzögerung der AMA-Kontrollen mit sich bringt, ist eine Auszahlung des Gesamtbetrages nicht möglich“, erklärt Bauernkammerpräsident Hermann SCHULTES damals. **Eine E-Mail von Agrarminister RUPPRECHTER, wonach jetzt doch die Gesamtsumme ausbezahlt werden könnte, bleibt unkommentiert.** Kammerrat Josef SCHMID wirft dem Bauernbund vor, dass zu wenig Widerstand gegen diesen Anschlag auf die Bauerneinkommen geleistet wurde.

## Mit dem Rücken zur Wand

„Zahlreiche politische Fehlentscheidungen: Russlandsanktionen, Abschaffung der Milchquote ohne Plan. **Wo ist das versprochene Soft-Landing im Milchbereich? Auszahlungen von 30 Cent sind ein Bauchfleck und kein Soft-Landing.** Der Schweinepreis ist dauerhaft im Keller. Heuer keine vollständige Auszahlung der Ausgleichszahlungen usw. Im Gegenzug: Einheitswerterhöhungen und dauernd steigende SVB-Beitragszahlungen und Betriebsmittelpreise, die nicht mehr zu stemmen sind. Dürrekatastrophe in weiten Teilen des Landes, Abschaffung sinnvoller Regionalprogramme (Ökopunkte in NÖ, die gerade für kleinere Betriebe sinnvoll waren), Streichung der Milchkuhprämie und **Mutterkuhprämien, die in Ungarn bis 2019 gesichert sind.** In Österreich ersatzlos abgeschafft!

Und dann will man uns auch noch weismachen, dass TTIP eine Chance für uns ist! Bitte aufwachen! Wenn wir jegliche Regionalität zerstören und alles auf den Weltmarkt setzen, werden unsere Familienbetriebe geopfert. Unsere Bauern brauchen sofort sinnvolle Gegenmaßnahmen: Ein Hilfspaket für die dürrebeschädigten Landwirte, Maßnahmen zur Stabilisierung der Märkte im Milch- und Schweinebereich, sofortige Rücknahme der Einheitswerterhöhungen.“ (Manfred MITMASSER in Marbach. – Aus: der „LANDWIRT“ 19/2015)

## OBERÖSTERREICH:

### WORTSPENDEN AUS BEANTRAGTER LK-VOLLVERSAMMLUNG ...

... entnommen dem Protokoll der, von UBV, FB und Grüne Bäuerinnen und Bauern beantragten Vollversammlung vom 4. September 2015.

**LH PÜHRINGER:** „Wir legen aus Überzeugung ein Bekenntnis ab zu einer flächendeckenden Landwirtschaft und einem vitalen ländlichen Raum. **Das ist ohne die bäuerlichen Familienbetriebe nicht zu machen.** Daher müssen wir in solchen Situationen (Trockenheit, Preisverfall) auch handeln.

**Für die Bäuerinnen und Bauern braucht es Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Auszahlung.** OÖ wird sich beim Bund dafür einsetzen, dass es wie geplant und wie bisher, Ende des Jahres

bereits zu den Auszahlungen kommt. Konkret geht es um die Einzelbetriebsprämie um die ÖPUL-Zahlungen und um die AZ (Ausgleichszahlungen).

**Das sind alles keine Subventionen oder Geschenke**, sondern notwendige Maßnahmen, damit wir einen lebendigen ländlichen Raum mit funktionierenden Familienbetrieben erhalten.“

**LR HIEGELSBERGER:** „Wir hätten diese Beständigkeit bei den bäuerlichen Betrieben nicht, wenn wir nicht intensiv in den Exportmärkten wären, insbesondere in den Bereichen Milch und Rind. – Ein Betrieb mit 100 Schweinen fährt heute ein Minus von 30.000 Euro ein.“

**Präs. REISECKER:** „**Milchbauern brauchen faire Erzeugerpreise!**“ – Gegen das respektlose und radikale Eindringen, das bisher keinen strafbaren Tatbestand darstellte, hat der OÖ Landtag im heurigen Juli eine **Änderung des „OÖ Alm- und Kulturflächengesetzes“ beschlossen. Demnach stellt das unbefugte Betreten fremder Stallungen, deren Verunreinigung bzw. Beschädigung, ab sofort eine Verwaltungsübertretung dar, die von der BH von bis zu 1.000 Euro geahndet werden kann.**

**KR KEPLINGER:** KR LEHNER schrieb (in der Kammerinfo „Der Bauer“) zu meiner Forderung Sozialversicherungs-Beiträge zu übernehmen, das seien „populistische Forderungen, die jeder Realität entbehren“. **Ich bedanke mich beim Landeshauptmann, er ist der Einzige in Österreich der diese Maßnahme für die Bauern setzt.**

**KR Ing. GRAF:** Über die Ergebnisse des Agrargipfels kann man diskutieren. Ich gehe davon aus, dass es dazu auch Regierungs- bzw. Landtagsbeschlüsse geben muss. Es heißt aber, es sei alles beschlossen. Offenbar genügt ein derartiger BB-Krisengipfel. Wir lernen hier jeden Tag dazu. Für den LABg. GRAF wäre dies ja zu klären. – 2011 zahlten wir Bauern 849 Mio. in die SVB ein. 2015 waren es mit weniger Beitragszahlern 928 Mio., um rund 80 Mio. Euro mehr.

**Präs. REISECKER:** **Es gibt nur ein gerechtes System, das wollen wir aber nicht, dann müssten wir das System der Pauschalierung aufgeben.** Wir stehen zu 100 % zum System Pauschalierung.

**Vize-Präs. GRABMAYR:** Es geht darum die Interessen unserer Bäuerinnen und Bauern weiterzubringen. Da gehören politische Entscheidungen dazu. Die Realität ist die, dass wir als Bauern Teil der Bevölkerung mit drei Prozent Anteil sind und dass wir Gott sei Dank gut in politischen Gremien vertreten sind, wo Entscheidungen fallen. In diesen politischen Gremien geht es um die Realität und nicht um Träumereien.

**GROSSPÖTZL:** Der Präsident hat erwähnt, dass das Bauerneinkommen 2014 bei durchschnittlich 18.000 Euro lag, 2011 waren es noch 25.000 Euro. – **Nach Russland haben wir Käse um 5,50 Euro/kg verkauft, das war ein sehr guter Markt. Nach Rumänien liefern wir ihn um 1,23 Euro/kg und diesen Markt haben wir noch.**

**KR HUEMER:** Der BB läuft von früh bis spät für die Bauern. Der BB setzt sich auch dafür ein, dass die Dinge dann auch auf politischer Ebene umgesetzt werden.

**KR LEDERHILGER:** Es ist nicht nur Russland was uns Probleme macht. Wir haben noch zwei weitere Effekte. Heuer im ersten Halbjahr hat es um 4,5 % mehr Schlachtungen gegeben als vor einem Jahr. Die Produktion stieg und beim Verbrauch gibt es speziell in Deutschland im dritten Jahr hintereinander einen Rückgang. All das Miteinander macht die Situation sehr schwierig. **Auslöser war nach den stabilen Preisen 2012/13 der Umstand, dass damals die Produktion gesteigert wurde.**

**KR HOSNER:** Ich wurde zum Agrargipfel eingeladen als Vertreter der Rinderwirtschaft. Ich habe dort dargestellt, **dass derzeit eine kostendeckende Produktion nicht mehr möglich ist. Wir arbeiten um einen Stundenlohn von 5 Euro.** Ständig steigende Produktionskosten und Auflagen machen uns extrem zu schaffen. Es kann nicht sein, dass beste Qualität zum niedrigsten Preis ausgelobt und verkauft wird.

## WIR MACHEN KONSTRUKTIVE KRITIK

Im Interesse der Bauernschaft beurteilen wir die Agrarpolitik und die Kammerarbeit durchaus kritisch. Wir vom UBV beweisen aber auch bei den Abstimmungen, dass wir vernünftige, notwendige Anträge und Resolutionen voll unterstützen. So auch jene des BB bei dieser außerordentlichen Vollversammlung.

» Schwierige Agrarmärkte erfordern konsequente Maßnahmen.

» Entlastung bei Betriebsmitteln zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unabdingbar. Es geht dabei um (jetzt) GRÜNES Diesel ohne/oder mit nur wenig Mineralölsteuer. – **Eine vom UBV x-mal gestellte Forderung, die der BB bisher stets ablehnte.**

- » Wirksame Dürreversicherung erfordert öffentliche Bezuschussung. Die Umsetzung der bereits 2013 in Aussicht gestellten öffentlichen Bezuschussung der Dürreversicherung ist unabdingbar.
- » Direktzahlungen noch heuer auszahlen.
- » Umsetzung von geeigneten Maßnahmen um die Rabenvögelpopulation auf ein, für das Ökosystem, verträgliches Maß zu halten.
- » Kennzeichnung in Gastronomie und öffentlichen Verpflegungseinrichtungen. Nachsatz von Präsident REISECKER: „Dieser Antrag erfolgt deshalb jetzt, weil seit 1. April 2015 in ganz Europa eine Kennzeichnung, von Schweine-, Schaf- und Ziegenfleisch verpflichtend ist. Bei Rindfleisch gibt es diese ja schon länger.“ – (Dazu KR KEPLINGER: „Wir stimmen dem Antrag zu, würden uns aber freuen, wenn eure 10 Abgeordneten im Parlament, ähnlichen Anträgen auch zustimmen würden.“)
- » Aufnahme von ökologischen Kriterien im Bundesvergabegesetz, bei der öffentlichen Beschaffung von Lebensmitteln.

### Zwei weitere UBV-Anträge am 4.9.2015

- » „**Auszahlungstermine für alle Auszahlungen in der Kammerzeitung bekanntgeben.**“ – Dazu Präsident REISECKER: „Ich brauche mir so etwas nicht anschaffen lassen, weil ich das ja ohnehin mache.“ – Von BB und SPÖ abgelehnt.
- » „**Neue Einheitswerte noch vor der Landtagswahl bekanntgeben.**“ – Der UBV hat dies bereits im heurigen Jänner gefordert. Damals hieß es, dies würde noch länger dauern, es würde sicher März oder April werden. Jetzt schreiben wir Anfang September. So KR Klaus WIMMESBERGER in der Begründung dieses UBV-Antrages. Auch dieser Antrag wurde vom Bauernbund und den SPÖ-Bauern abgelehnt.  
Dazu KR Norbert ECKER: „Faktum ist, dass sich der OÖ-BB nicht davor fürchtet wenn die Einheitswerte ausgeschickt werden, denn diese Bescheide geben Sicherheit!“

### OÖ Bauern kein Schwerpunktthema!

In der ÖVP-Bauernbund-Zeitung „Lust aufs Land“ vom 24.11.2015 sind die „**Schwerpunkte für die Zukunft**“ im **Arbeitsübereinkommen ÖVP und FPÖ** detailliert aufgezählt. In keinem der sieben Schwerpunkte steht auch nur ein einziges Wort von oö Landwirtschaft, von Bäuerinnen und Bauern. Danach ist die akute Notsituation dieses besonders wichtigen Berufsstandes und dessen dauerhafte Behebung kein Thema dieses Parteiübereinkommens für die nächsten sechs Jahre. Wer sich da gewisse Hoffnungen machte, wurde auch von der FPÖ bitter enttäuscht.

### Viel Palmöl und Kokosfett in Lebensmitteln

In 70 % der Lebensmittel sind billiges Palmöl und Kokosfett enthalten. Es gibt „BIO-Margarinen“ mit österreichischem Gütesiegel, die überwiegend Palmöl enthalten. In unserem BIO-Diesel wird Palmöl aus ursprünglich 13.000 Hektar Regenwald beigemischt. Das Rohfett im Milchaustauscher besteht größtenteils aus Palmöl, das nach Brandrodungen des Regenwaldes von riesigen Monokultur-Farmen kommt. – Ausgenommen davon sind, aus heimischer Erzeugung gepresstes Raps- und Sonnenblumenöl mit dem streng kontrollierten AMA-Gütesiegel. Diese beiden Öle aus kontrolliertem Vertagsanbau mit heimischen Bauern, sind naturecht und 100 % aus Österreich. (NR Leo STEINBICHLER – Presseaussendung und im Parlament gesagt)

## SECHS ANTRÄGE ZUR UBV-VOLLVERSAMMLUNG AM 18.12.

Sechs Anträge wird die UBV-Fraktion in die Vollversammlung einbringen. WIRD, weil diese nach Redaktionsschluss stattfindet. Die UBZ wird im Detail in der Feberfolge 2016 darüber berichten. Bei diesen Anträgen geht es um folgende Themen:

- » Forderung an die oö Landesregierung keine zusätzlichen Flächen für „Natura 2000“ in Anspruch zu nehmen, das heißt bereitzustellen.
- » Forderung an das Finanzministerium die Hektarsätze von „Natura 2000-Flächen“, den dort tatsächlich erzielbaren Erträgen anzupassen. (Höhere Kosten durch Auflagen)
- » Gefordert wird vom Landwirtschaftsminister eine Garantie, dass es zu keinen Einkommenssteuernachteilen kommt, wenn die **vollständige Auszahlung** der Fördergelder und der Ausgleichszahlungen NICHT im Antragsjahr erfolgt.

- » Forderung an den Landwirtschaftsminister in Anbetracht des totalen Preisverfalls am Schweine-sektor, bis auf weiteres die Kosten für zwei vorgeschriebene Impfungen voll zu übernehmen.
- » Ersuchen an den Präsidenten der oö Landwirtschaftskammer, der auch zum Vizepräsidenten der COPA gewählt wurde, Einsicht in deren Sitzungsprotokolle nehmen zu können.
- » Forderung an Präsident REISECKER den zuständigen Abteilungen der Kammer den Auftrag zu erteilen, für die wichtigsten Erzeugnisse in der Land- und Forstwirtschaft Vollkostenkalkulationen zu erstellen, um Klartext reden zu können.

### Aus der Landesleitungs-Sitzung vom 29.11.

**Neue Geschäftsführerin:** Christine GRÜNEIS (45), Bäuerin in Kriegen 1, 4761 Enzenkirchen, übernahm mit 1. November 2015 diese Funktion, als Nachfolgerin vom verdienstvollen Johann LOHNER, der in Pension ging. Frau GRÜNEIS ist verheiratet, hat zwei schulpflichtige Kinder, ist Absolventin der HAK in Schärding und machte ein nebenberufliches Studium der Betriebswirtschaft in Klagenfurt. Sie ist vorerst jeden Montag von 9–12 Uhr und von 14–17 Uhr unter 0660-6570285 erreichbar sowie mittwochs zwischen 9–12 Uhr.

**LK-Wahlrechtsreform:** Wegen des Missverhältnisses zwischen der Zahl der Betriebe und jener der Wahlberechtigten, aus Gründen der Effizienz und Sparsamkeit. Eine namhafte Verringerung der Vollversammlungsmitglieder und Entfall von BBK-Obmännern, u. a.

**Schwerarbeiterregelung ab 1.1.2016 geändert:** Derzeit 57-jährige Bauern und 54-jährige Bäuerinnen können nur noch im Dezember 2015 den „Status Schwerarbeiter“ bei der SVB beantragen, damit dieser für sie Gültigkeit hat. Bisher galt dieser Status automatisch für sie, ab 1.1.2016 müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden.

**Agrardiesel:** Die Rückvergütung eines Teiles der Mineralölsteuer an die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sowie an ausgewählte Bereiche der regionalen Wirtschaft, wurde in der Budgetsitzung vom 16.11.2015 von der Regierung erneut abgelehnt. (NR STEINBICHLER)

**Bauernsterben in der Schweiz:** Seit 1990 um 48 Prozent Betriebe weniger, woraufhin jetzt ein „Ausschuss für Ernährungssouveränität“ mit Bürgerbeteiligung gebildet wurde.

**18 Mio. Euro Förderung zur „Käferbekämpfung im Wald“** seien vom Ministerium freigegeben worden, aber niemand in der Kammer weiß, wo diese Gelder sind.

**Laut Kammerdirektor Mag. PERNKOPF und Dr. PENNINGER** (Rechtsabteilung) sind entgegen der Erklärung von Präsident REISECKER vor der Vollversammlung, **doch steuerrechtliche Nachteile zu erwarten**, wenn die vollständige Auszahlung von EU-Prämien, Förderungen und AZ nicht im Antragsjahr erfolgt.

**200 Mio. Euro mehr für die SVB durch neue EW:** Intern ist davon die Rede, dass die neuen land- und forstwirtschaftlichen Einheitswerte der SVB **Mehreinnahmen von 200 Mio. Euro** bringen müssen. Dem stehen **Rückzahlungen von 15 Mio. Euro** gegenüber, für jene deren neue EW um 10 Prozent höher sind als die bisherigen. Ein schlechter „Handel“ für die Bauernschaft.

**Nicht ausgeschöpft wurden die ÖPUL-Mittel.** Die Verwendung der Restsumme ist unklar.

**Sowohl in der HBLA Ursprung (Salzburg) wie in der HBLA St. Florian (Oberösterreich)** sind im ersten Jahrgang Plätze frei geblieben. In der LFS Otterbach keine, aber 50 Prozent der Neuankömmlinge haben einen nichtbäuerlichen „Hintergrund“.

## BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich dem „**Österr. Unabhäng. Bauernverband**“, Landesverband \_\_\_\_\_ bei.

Vor- und Zuname: \_\_\_\_\_ geb. am: \_\_\_\_\_

Hausname: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

Post: \_\_\_\_\_ Tel/Fax/E-Mail: \_\_\_\_\_

Land- u. Forstw. Einheitswert: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Ich erhalte die „**Unabhäng. Bauernzeitung**“ (**UBZ**) **kostenlos** (nach Einzahlung von mindestens 25,- Euro/Jahr).

**Bitte einsenden aus:** NÖ + Bgl. + Wien **an:** Hubert Buchinger, Wiese Höhe 45, 3340 Waidhofen/Ybbs  
 OÖ + Knt. + Vrbg. **an:** Christine Grüneis, Kriegen 1, 4761 Enzenkirchen  
 Salzburg + Tirol **an:** Simon Klausner, Girlingstraße 4, 5161 Elixhausen  
 Steiermark **an:** Johann Ilsinger, Erlsbach 14, 8953 Donnersbach

WWW.UBV.AT  
 OFFICE@UBV.AT